

8.9.2010

An die
Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die heutige Landtagssitzung liegt Ihnen ein Antrag von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, unangemessene Konsequenzen aus dem Lehrerstreik vom 3. Juni zurück zu nehmen. Wörtlich heißt es: „Der Landtag hält die vorgenommenen harten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Lehrerstreik am 3. Juni für unangemessenen und fordert die Landesregierung auf, Entscheidungen, die die Laufbahn von Lehrkräften betreffen, umgehend rückgängig zu machen.“

Wir bitten Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Denn unabhängig von der Frage, wie der Streik am 3. Juni rechtlich grundsätzlich zu bewerten ist, halten wir die Maßnahmen von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug gegen eine gewählte Schulleiterin aus Flensburg, einen Schulleiter aus Elmshorn in der Probezeit sowie weitere Schulleitungsmitglieder in der Erprobungszeit für völlig unangemessen und unverhältnismäßig. Das gilt auch für das sich abzeichnende generelle Beförderungsverbot für alle Lehrkräfte, die am Streik teilgenommen haben.

Selbst wenn Sie den Streik am 3. Juni für unrechtmäßig und für einen Verstoß gegen das herrschende Beamtenrecht halten sollten, müssten Sie nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis kommen, dass die vom Bildungsminister gegen die Betroffenen ausgesprochenen Sanktionen weit über das Ziel hinaus schießen. Es drängt sich der Eindruck auf, als wolle der Minister stellvertretend für rund 2000 Lehrerinnen und Lehrer eine Handvoll abstrafen.

Wir bitten Sie im Interesse der betroffenen Menschen, aber auch im Interesse des Schulfriedens in Schleswig-Holstein, den Bildungsminister vom Irrweg der drakonischen Strafen abzubringen. Sollten Sie den Minister auf seinem überzogenen Kurs walten lassen, würde das Land Schleswig-Holstein hoch qualifizierte und bestens motivierte Führungskräfte aus Aufgaben entbinden oder sie von Aufgaben ausschließen, für die sie bestens geeignet sind oder in denen sie hervorragend im Interesse von Kindern und Jugendlichen wirken könnten.

Deshalb unsere Bitte:

- Verweigern Sie der überharten Haltung des Bildungsministers Ihre Unterstützung!
- Fügen Sie den Konfliktfeldern in der Bildungspolitik (Schulgesetz, Stellenstreichungen) nicht noch ein völlig überflüssiges hinzu!
- Wägen Sie ab, ob das Verhalten der Betroffenen, maximal drei Stunden gestreikt zu haben, es wirklich rechtfertigt, sie trotz ansonsten guter Arbeitsleistungen von ihren Posten zu entfernen!
- Präsentieren Sie sich nicht als Abnicker von völlig unverhältnismäßigen ministeriellen Entscheidungen!
- Unterstützen Sie im Landtag den Antrag auf Rücknahme der unangemessenen Konsequenzen aus dem Streik der Lehrerinnen und Lehrer!

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Heidn
Landesvorsitzender